

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
1a	Referat Denkmal schutz, UNESCO – Weltkulturbe 10.06.2020	Hinweise Auf Beteiligung LDA, Stadt Naumburg (Saale)	Wird berücksichtigt Die TÖBs wurden beteiligt, Stellungnahmen liegen vor. Es gibt keine Bedenken.	X				
1a	Landesver- waltungs- amt Ref. 407 Naturschutz Landschafts pflege 10.06.2020/ 19.11.2020 Obere Immissions- schutzbe- hörde 08.07.2020	Text beider Stellungnahmen Die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege für den hier benannten Bebauungsplan vertritt die Naturschutzbehörde des Burgenlandkreises. Umweltschadensgesetz und Artenschutzrecht sind zu beachten. Verweis auf § 19 BNatSchG i.V.m. dem Umweltschadensgesetz (10.05.2007, BGBl. I. S 666) sowie auf §§ 44 und 45 BNatSchG Keine Bedenken, Anregungen oder Hinweise	Der BLK und die UNB wurden im Verfahren beteiligt. Eine Stellungnahme liegt vor. Hinweis wurde unter Punkt 7.7 in die Begründung aufgenommen. Kein Abwägungsbedarf	X X				
1a	Landesver- waltungs- amt Ref. 404 Wasser 12.06.2020/ 23.11.2020	Keine Bedenken, Anregungen oder Hinweise	Kein Abwägungsbedarf					

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
1b	Ministerium für Landesent- wicklung und Verkehr 17.06.2020	<p>Hinweis</p> <p>Mit der vorliegenden Planung beabsichtigt sie Stadt Naumburg eine im Ortsteil Bad Kösen befindliche ausgewiesene Fläche für die Landwirtschaft bauplanungsrechtlich zu entwickeln. Im Außenbereich soll ein Entsorgungsstandort für Grünschnitt errichtet werden. Das Plangebiet ist 0,21 ha groß.</p> <p>Der wirksame Flächennutzungsplan der Stadt Naumburg soll im Parallelverfahren angepasst werden.</p> <p>Nach Prüfung der Unterlagen zum Bebauungsplan Nr. 602 „Grünschnittplatz Bad Kösen“ wird unter Bezug auf § 13 LEntwG LSA festgestellt, dass die Maßnahme aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme sowie der Lage im Planungsraum nicht raumbedeutsam ist.</p> <p>Eine landesplanerische Abstimmung ist demzufolge nicht erforderlich.</p> <p>Gemäß § 2 (2) Nr. 10 LEntwG LSA obliegt der obersten Landesentwicklungsbehörde die Abgabe von landesplanerischen Stellungnahmen im Rahmen von öffentlich-rechtlichen Verfahren nur für raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen.</p> <p>Hinweis: Aus Sicht der obersten Landesentwicklungsbehörde wäre eine Umsetzung der Maßnahme auf dem Flurstück 93 der Flur 7 der Gemarkung Bad Kösen</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Wird nicht berücksichtigt Im Vorfeld der Planung erfolgte insbesondere durch die AWSAS-AöR eine Suche und Prüfung</p>				X	
						X		

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
		aus agrarstrukturellen Gründen zweckmäßiger (Nord-Ost-Ecke der Kläranlage, 170 m entfernt).	<p>von geeigneten Standorten in Bad Kösen und auch in den Ortsteilen.</p> <p>Hierbei wurde u.a. auch der Standort hinter der Kläranlage Flurstück 93 geprüft.</p> <p>Der Standort direkt hinter der Kläranlage gehört zu einem Ackerschlag mit einer Fläche von 1,6 ha von dem ca. 0,27 ha aus der Produktion genommen sind und aktuell nicht als Acker genutzt werden. Die potentielle Baufläche ist aktuell eine Grünfläche/ Blühfläche. Die Fläche ist hinsichtlich der Topographie stark bewegt, die Höhenunterschiede sind deutlich größer. Die Grünfläche/ Blühfläche fällt stärker nach Westen und Osten ab. Zur benachbarten Kläranlage besteht, im Bereich der Grundstücksgrenze, ein Höhenunterschied von ca. 0,6 m. An den vorhandenen Zufahrtsweg schließt sich, unmittelbar am Grundstücksanfang, eine 1 m hohe Böschung an. Weiter nach Westen kommen geschätzte weitere 1 – 2 m Höhenunterschied dazu.</p> <p>Die Fläche lässt, mit Verweis auf die Luftbilder aus den Jahren 2004, 2009, 2011 und 2013, die Schlussfolgerung zu, dass diese bereits anthropogen durch Auffüllungen (nicht bekannter Qualität) verändert wurde. Hieraus wird geschlussfolgert, dass die Fläche aus diesem Grund nicht als Ackerfläche genutzt wird bzw. genutzt werden kann. Gesicherte Auskünfte zu dem Sachverhalt konnten auch vom Eigentümer nicht gemacht werden.</p>					

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
			<p>Die artenreiche Blühfläche ist im aktuellen Zustand naturschutzrechtlich als wertvoll einzuschätzen.</p> <p>Aktuell erfolgt die Feldzufahrt für den Teil der landwirtschaftlichen Dreiecksfläche über den potentiellen Standort. Diese müsste weiter gesichert werden, was bedeutet, dass der Landwirt vor dem Grün- und Astschnittplatz vorbei auf den Ackerschlag fahren müsste und dabei ca. 2 m Höhenunterschied zu überwinden sind. Alternativ müsste eine neue Zufahrt geschaffen werden, was sich aufgrund der Geländetopographie nicht einfach darstellt.</p> <p>Auch hier verläuft bis zur ehemaligen Brücke über die kleine Saale parallel zum Weg eine Schmutzwasserleitung, deren Höhenlage im Rahmen der Schaffung einer neuen Zufahrt zu berücksichtigen ist und ggf. zu Problemen führt. Eventuell bestände im Bereich der Ausweichstelle des Wirtschaftsweges die Möglichkeit der Schaffung einer neuen Feldzufahrt. Hier ist ein mind. 2 m großer Höhenunterschied zu überwinden, welcher ebenfalls Verlust an landwirtschaftlicher Fläche und eine schwierige Bearbeitungsform zur Folge hätte.</p> <p>Seitens des ALFF wurde im Rahmen des Ortstermins die Aussage getroffen, dass der Grundwasserstand insbesondere im Jahr des letzten Hochwassers 2013 so hoch war, dass Wasser stand. Dies deckt sich mit den Aussagen zum hohen Grundwasserstand von 1 bis 2 m</p>					

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
			<p>unter Gelände der Stellungnahme des Landesamtes für Geologie und Bergwesen.</p> <p>Abwägung – Entscheidung zum Standort Eigentumsrechtlich gibt es keine Unterschiede, so dass beide Flächen eigentumsrechtlich zu erwerben sind. Es erfolgt bei beiden Standorten die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen, auch wenn die hintere Fläche (Blühfläche) aktuell nicht bestellt wird. Laut ALFF SA Süd verschlechtern sich die agrarstrukturellen Bedingungen (Bewirtschaftungsverhältnisse) bei der Wahl des vorderen Standortes, u.a. durch die Flächenform und den Wegfall der Zufahrt. Letztere könnte durch eine neue Zufahrt ersetzt werden. Ursprünglich war die vordere Fläche seitens der Stadt Bad Kösen (heute Stadt Naumburg (Saale)), für eine andere Nutzung vorgesehen. Sie war planungsrechtlich mit dem Bebauungsplan Nr. 4 „Sportzentrum an der kleinen Saale“ überplant. Die Stadt Naumburg (Saale) hat mit Beschluss vom 13.05.2020 (Beschluss Nr. 28/20) beschlossen, den Satzungsbeschluss (1996) aufzuheben und das Verfahren nicht weiterzuführen. Der Geltungsbereich erstreckte sich von der Ortslage Bad Kösen bis einschließlich der Flächen der Kläranlage. Somit war diese Fläche baurechtlich bereits überplant. Für den vorderen Standort sprechen weiterhin die kürzere Zufahrt sowie geringere Baukosten.</p>					

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
			<p>Diese begründen sich in erster Linie durch geringere Geländeregulierungen und Aufschüttungen aufgrund der Geländetopographie.</p> <p>Die Abfallwirtschaft Sachsen-Anhalt-Süd, als Anstalt des öffentlichen Rechtes ist den Bürgern und Beitragszahlern rechenschaftspflichtig. Die Kosten der Baumaßnahmen gehen auch in die Beiträge ein. Somit ist bei der Standortwahl auch die Frage der Wirtschaftlichkeit des Vorhabens zu betrachten.</p> <p>Die hintere Fläche wird aufgrund der Größe von 1,6 ha und des Zuschnittes als Splitterfläche eingestuft. Von dieser Fläche wurden 0,27 ha vom Bewirtschafter aus der Produktion genommen, was bedeutet sie gehört zu den 5 %, die jeder Bewirtschafter als sogenannte „Greening-Fläche“ vorhalten muss. Bei Realisierung auf dem Standort würde diese naturschutzfachlich höherwertige Fläche zerstört und müsste hinsichtlich der Eingriffsbewertung anders angesetzt werden. Der erforderliche naturschutzfachliche Ausgleich würde sich damit ca. verdreifachen. Hinzu kommt, dass der Landwirt eine andere, ackerbaulich genutzte Fläche als „Greening Fläche“ aus der Produktion nehmen müsste.</p> <p>Eine intensiv landwirtschaftlich genutzte Fläche ginge also somit an anderer Stelle auch verloren. Die Zufahrt zum Standort ist länger und tangiert die Kläranlage. Hinzu kommt die noch offene</p>					

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
			<p>Lösung der Frage der Variante der neuen Zufahrt für den Landwirt.</p> <p>Bei der Betrachtung und Abwägung der Standorte stellt sich die Frage, weshalb der Bewirtschafter einer Splitterfläche die halbe Grundstückstiefe an der breiten Seite der Dreiecksfläche aus der Produktion nimmt und nicht die viel unwirtschaftlichere Spitze. Hier wird wie bereits zuvor angenommen, dass der Grund in der vermuteten Auffüllung und nicht Bearbeitbarkeit der Fläche liegt.</p> <p>Die Baukosten werden im Hinblick auf die vermutete Bodenauffüllung und die Topographie der Fläche höher sein, als bei dem Standort vor der Kläranlage. Hinzu kommt der Unsicherheitsfaktor der vermuteten Auffüllungen hinsichtlich der Qualität der Auffüllung, des erforderlichen Abtrags und der Entsorgung. Die Fläche liegt in einer Vertiefung. Alle drei Seiten (Kläranlage, Bahn und Wirtschaftsweg) liegen zwischen 1 und geschätzt 3 m höher als die Fläche selbst. Auch wenn die Flächen lt. der aktuellen Karten des LHW nicht im HQ 200 liegen ist aufgrund des hohen normalen Grundwasserstandes bei Hochwasser und nach langanhaltenden Niederschlägen mit Problemen zu rechnen. Die Niederschlagswasserentsorgung soll in Form einer Kombination aus Verdunstung und Versickerung erfolgen und nur im Notfall in die kleine Saale abgeführt werden. Auch für diese</p>					

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
	19.11.2020	- ... dass sich von Seiten der obersten Landesplanungsbehörde keine weiteren Hinweise bzw. Ergänzungen ergeben. hinsichtlich des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes sowie der Festlegungen der Art der baulichen Nutzung haben sich gegenüber dem Vorentwurf keine Änderungen ergeben.	<p>Lösung werden im Bereich der hinteren Fläche größere Schwierigkeiten gesehen.</p> <p>Die Stadt Naumburg (Saale) und die AW SAS AöR haben es sich bei der Standortsuche nicht leicht gemacht. Aufgrund der zuvor genannten Sachverhalte und im Hinblick auf eine wirtschaftlich, vertretbare Realisierbarkeit des Vorhabens erfolgte die Entscheidung nach eingehender Abwägung für den vorderen (westlichen) Standort gegen die Bedenken des Amtes für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Süd.</p> <p>Der Grün –und Astschnittplatz dient auch der Umwelt und der Landwirtschaft, da 95 % des Kompostes an Landwirte abgegeben werden.</p> <p>Kenntnisnahme. Es wird auf die vorherige Abwägung zur Stellungnahme vom 17.06.2020 verwiesen.</p>				X	
1c	Regionale Planungsge- meinschaft Halle 18.06.2020	Auf die regionalplanerischen Belange wird in den Begründungen zum BP 603 sowie zur 8. FNP-Änderung vollständig eingegangen. Die Auseinandersetzung ist nachvollziehbar dargelegt. Aufgrund der geringen Ausdehnung des geplanten Vorhabens werden aus regional-planerischer Sicht gegen den Bebauungsplan Nr. 602 „Grünschnittplatz	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Zustimmung – kein Abwägungsbedarf</p>				X	

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
	23.06.2020	<p>Bad Kösen“ sowie die 8. Änderung des FNP der Stadt Naumburg keine Bedenken erhoben. Erheblich negative Einflüsse auf die Verwirklichung der mit dem REP Halle verfolgten planerischen Ziele sind nicht zu erkennen.</p> <p>Hinweis Das Plangebiet liegt vollumfänglich im Vorbehaltsgebiet für Tourismus und Erholung Nr. 11 Teilbereiche des Naturparks „Saale-Unstrut-Triasland“ (vgl. Ziel 5.7.2.5. REP Halle 2010).</p> <p>Gemäß Ziel 144 LEP LSA 2010 sind Vorbehaltsgebiete für Tourismus und Erholung Gebiete, die aufgrund landschaftlicher und naturräumlicher Potenziale sowie der Entwicklung und/oder des Bestandes an touristischen und kulturellen Einrichtungen für den Tourismus und die Erholung besonders geeignet sind. Diese Gebiete sind zu wirtschaftlich tragfähigen Tourismus- und Erholungsgebieten zu entwickeln. Entgegen den Ausführungen in der Begründung zum o. g. Bebauungsplan liegt das Plangebiet nicht in einem Vorranggebiet für die Landwirtschaft. Das nächstgelegene Vorranggebiet für Landwirtschaft Nr. XXIV. Weinanbau bei Pforte (vgl. Ziel 5.3.2.3. REP Halle 2010) liegt etwa 350 m östlich. Dies ist entsprechend zu korrigieren. Im o.g. Bebauungsplan sind die Erfordernisse der Raumordnung auf der Ebene der Regionalplanung basierend auf dem REP Halle</p>	<p>Wird berücksichtigt Die Lage im Vorbehaltsgebiet Tourismus und Erholung wird in der Begründung ergänzt.</p> <p>Wird berücksichtigt Die Aussage wird in der Begründung korrigiert.</p>	X				
				X				

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
	24.11.2020	<p>2010 einschließlich den damit in Zusammenhang stehenden Aufstellungs-, Änderungs- und Ergänzungsverfahren ausreichend beachtet bzw. berücksichtigt. Aus regionalplanerischer Sicht werden gegen den Bebauungsplan Nr. 602 „Grünschnittplatz Bad Kösen“ der Stadt Naumburg keine Bedenken geäußert.</p> <p>Stellungnahme vom 10.11.2020 behält inhaltlich Gültigkeit Zu den gegenüber dem Vorentwurf vom Mai geänderten Teilen der Begründung gibt es keine weiteren Hinweise. Gegen den Entwurf des Bebauungsplan Nr. 602 „Grünschnittplatz Bad Kösen“ werden keine Bedenken erhoben.</p>	kein weiterer Abwägungsbedarf				X	
2	Burgenland- kreis 26.06.2020	<p>Untere Landesentwicklungsbehörde Eine landesplanerische Abstimmung gemäß § 13 Abs. 1 LEntwG LSA ist nicht erforderlich.</p> <p>Zum Planinhalt gebe ich nachfolgende Hinweise: - In der Präambel ist in dem Verfahrensvermerk zur Öffentlichkeitsbeteiligung der Hinweis auf § 47 VwGO zu streichen. - In der textlichen Festsetzung Nr. 3 werden Nebenanlagen außerhalb der Baugrenzen für zulässig erklärt. Da außerhalb der Baugrenzen nur Festsetzungen zum Pflanzgebot bzw. Verkehrsflächen festgesetzt sind, besteht ein Widerspruch zu diesen Festsetzungen. - Der in Klammern genannte Zusatz "Grundfläche größer 5 m2 " in gleicher textlicher Festsetzung</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Den Hinweisen wird gefolgt, sie werden wie folgt berücksichtigt: - Der Hinweis wird gestrichen. - Der Teil der Festsetzung wird gestrichen.</p> <p>- Da die Baugrenzen die Bebauung der gesamten Fläche (außer Flächen mit</p>	X			X	

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
		<p>ist nicht eindeutig, d.h., es kann daraus kein Festsetzungscharakter abgeleitet werden.</p> <p>- Der unter II Nr. 3 gegebene Hinweis zur Zulässigkeit von Solarenergieanlagen sollte in die textlichen Festsetzungen aufgenommen werden (Art der Nutzung oder Zulässigkeit von Nebenanlagen).</p> <p>- Bei den zeichnerisch dargestellten Leitungen handelt es sich nicht um nachrichtliche Übernahmen nach § 9 Abs. 6 BauGB sondern ebenfalls um Bestandsangaben. Dieser Hinweis sollte auch in der Begründung Nr. 6.6. berücksichtigt werden.</p>	<p>Pflanzbindung) erlauben, kann der Zusatz in Klammern gestrichen werden.</p> <p>- Es erfolgt eine Aufnahme als Festsetzung - zulässige Nebenanlage.</p> <p>- Dem Hinweis wird gefolgt und die Legende der Planzeichnung bzw. die Aussagen der Begründung werden angepasst.</p>					
	09.12.2020	<p>Bauordnungsamt Bauleitplanung und Städtebau Hinweise In der Präambel ist die aktuelle Fassung des BauGB zu benennen. Der Hinweis auf § 9 Abs. 4 BauGB ist zu streichen, da keine Festsetzungen nach Länderrecht (hier BauO LSA) in den Bebauungsplan aufgenommen wurden.</p> <p>Die Zulässigkeit von Solarenergieanlagen in der textlichen Festsetzung Nr. 1 sollte mit dem Hinweis „als Nebenanlage“ versehen werden, da damit auf die Zu- und Unterordnung zur Hauptnutzungsart geschlossen werden kann.</p> <p>In der Planzeichnung ist ein Planzeichen verwendet, welches nicht erläutert wurde (grüne</p>	<p>Die Aktualität der Rechtsgrundlage wird angepasst.</p> <p>Dem Hinweis wird gefolgt. Die Solarenergieanlagen sollen als Nebenanlagen benannt werden. Dies war auch lt. Begründung immer so geplant.</p> <p>Es handelt sich um eine Linie der externen Vermessung - vorh. Zaun. Die Darstellung wurde angepasst.</p>	X				
				X				
				X				

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
-----	-------------------	-------------------------------	----------------------------------	---------------------	---------------------------------------	------------------------------	-------------------------	---

		Linie - teilweise über Geltungsbereichsgrenze hinausgehend).						
26.06.2020	Behindertenbeauftragte Keine Bedenken, Anregungen oder Hinweise Zustimmung	Kein Abwägungsbedarf						
26.06.2020	Umweltamt Hinweise Dem Vorhaben stehen bei Beachtung der Hinweise keine abfall- und bodenschutz-, immissions-, naturschutz-und wasserrechtlichen Belange entgegen: Das auf den befestigten Flächen anfallende Niederschlagswasser soll mittels Mulde versickert werden. Die Versickerung von Niederschlagswasser mittels technischer Anlagen (Mulde) bedarf als Benutzung des Grundwassers i.S. des § 9 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) gemäß § 8 WHG der Erlaubnis der unteren Wasserbehörde. Der mit dem Vorhaben verbundene Eingriff in Natur und Landschaft wurde entsprechend den gesetzlichen Anforderungen in der Eingriffsbilanzierung dargestellt. Die in der Entwurfsplanung, Stand 05.2020 aufgeführten landschaftspflegerischen Maßnahmen sind geeignet, die mit dem Vorhaben verbundenen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu kompensieren.	Kenntnisnahme Wird berücksichtigt Der Hinweis wird unter Pkt 7.4.2. in die Begründung aufgenommen. Kenntnisnahme – kein Abwägungsbedarf Wird berücksichtigt	X				X	X

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
		Die geplanten externen Pflanzungen entsprechend der Maßnahme E 2, Nachpflanzung von 25 Obstbäumen, sind durch einen städtebaulichen Vertrag abzusichern	Die externen Pflanzungen sind in einem städtebaulichen Vertrag zwischen der AWSAS-AöR und der Stadt Naumburg (Saale) abgesichert.	X				
	09.12.2020	<p>Untere Abfall- und Bodenschutzbehörde</p> <p>Es besteht für das Bebauungsplangebiet Nr. 602 kein Altlastverdacht. Damit keine schädlichen Bodenveränderungen durch Bodenvernässungen entstehen, wurde aufgrund des anstehenden gering versickerungsfähigen Lößbodens und der zunehmenden Starkniederschlagsereignisse auf die Möglichkeit der Versickerung verzichtet.</p> <p>Es werden andere oberflächennahe Ableitungen wie großflächige Verdunstung und Versickerung auf einer Grasfläche, einer Mulde genutzt und es soll einen Notüberlauf in die „Kleine Saale“ geprüft werden.</p> <p>Die Nutzung der geplanten Fläche und alternative Standorte werden im Kapitel 4 „Standort...“ betrachtet. Es wurde ermittelt, dass die geplante Fläche die kostengünstigere Variante sei, wobei der Unterschied zwischen den Kosten für den Bodenabtrag und dessen Verwertung oder ordentlicher Entsorgung, gegenüber der Auffüllung vorhandener anthropogen überprägten und tieferliegenden Nachbarfläche nicht finanziell hinterlegt ist und allein verbal argumentativ naturschutzfachlich und bautechnisch abgewogen wurde.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Die Mehrkosten für die Erdarbeiten der Fläche hinter der Kläranlage können aufgrund fehlender Grundlagen (Baugrund/LAGA und Vermessung) nur grob geschätzt werden. Es ist von mind. 20.000 - 25.000 € auszugehen. Weiterhin kommen Mehrkosten für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in einer Größenordnung von 20.000 - 25.000 € dazu, da die Fläche naturschutzfachlich einen viel höheren Biotopwert aufweist.</p>	X			X	

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
		Die Wechselwirkungen der Schutzgüter unter Punkt 9.3.4.8. „Wechselwirkungen der Schutzgüter“ und unter 9.9. „Zusammenfassung“ wurden noch nicht für das Schutzgut „Fläche bewertet.	Aussagen zum Schutzgut „Fläche“ werden ergänzt.	X				
	09.12.2020	Untere Immissionsschutzbehörde Die aktualisierten Unterlagen wurden geprüft. Öffentlich-rechtliche Vorschriften in Zuständigkeit der unteren Immissionsschutzbehörde stehen dem Vorhaben nicht entgegen. Die Wahrscheinlichkeit, dass von dem Vorhaben schädliche Umwelteinwirkungen ausgehen können, die nach Art, Ausmaß und Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft herbeizuführen, ist als geringfügig einzuschätzen	Kenntnisnahme - kein Abwägungsbedarf				X	
	09.12.2020	Untere Naturschutz- und Forstbehörde Die aufgeführten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind geeignet und angemessen. Neben den Ausgleichsmaßnahmen auf Flächen innerhalb des Geltungsbereiches sind in den textlichen Festsetzungen auch die Ersatzmaßnahmen auf externen Flächen festzuhalten. Diese Flächen sind über einen städtebaulichen Vertrag zu sichern.	Die Maßnahmen außerhalb des Geltungsbereiches können nicht mit textlichen Festsetzungen des B-Planes geregelt werden. Die Möglichkeit geben das Planungsrecht und der § 9 BauGB nicht. Hierfür bedürfte es eines separaten B-Planes bzw. eines weiteren Geltungsbereiches. Es besteht, wie in der Stellungnahme angeführt, die Möglichkeit die Umsetzung der Ersatzmaßnahme außerhalb des		X			

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
		<p>Die bestehende städtische Streuobstwiese zwischen Panoramaweg und Sperlingsberg in Naumburg West (Flurstück 65, Flurstück 30 Gemarkung Naumburg) wird nach der Begründung als Fläche für Ersatzmaßnahmen aufgeführt.</p> <p>Es ist zu klären, ob die beanspruchte Fläche nicht bereits durch Fördermaßnahmen des Geo-Naturparks belegt sind.</p> <p><u>Artenschutz</u> Für alle Vorhaben gelten grundsätzlich die Allgemeinen und besonderen Vorgaben des Artenschutzes gemäß § 39 und § 44 BNatSchG.</p> <p>Gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG u.a. verboten, Fortpflanzungs- und Ruhestätten der besonders geschützten Tierarten aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihrer Standorte zu beschädigen oder zu zerstören. Durch entsprechende Vermeidungsmaßnahmen ist dafür Sorge zu tragen, dass durch das geplante Vorhaben keine Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG berührt werden.</p>	<p>Geltungsbereiches mit einem städtebaulichen Vertrag zu sichern.</p> <p>Von dieser Möglichkeit macht die Stadt Naumburg (Saale) gebrauch. Damit wird die Durchführung der Maßnahme rechtlich gesichert. Die Begründung zum B-Plan wird hinsichtlich des städtebaulichen Vertrages ergänzt.</p> <p>Auf Nachfrage wurde seitens der Stadt Naumburg (Saale) die Aussage getroffen, dass die geplante Maßnahme nicht Bestandteil der angeführten Fördermaßnahme ist. Die Fördermaßnahme wird auf einer anderen Fläche durchgeführt.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Verweis auf geltenden gesetzlichen Vorschriften</p> <p>Kenntnisnahme</p>	X			X	X

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
		<p>Ackerflächen bieten potentiell die Möglichkeit des Vorkommens von Feldhamstern bzw. Bodenbrütern. Der Begründung zum B-Plan ist schlüssig zu entnehmen, dass eine Prüfung durch ein kompetentes Büro veranlasst wurde und die Erfassung von Feldhamstervorkommen und Bodenbrütern erfolgte. Eine Betroffenheit der Fläche konnte dabei nicht festgestellt werden.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Baufeldfreimachung hat außerhalb der Brutzeit im Zeitraum vom 01.10. bis 28.02. des Jahres zu erfolgen. 2. Eine erneute Prüfung auf Feldhamstervorkommen hat vor Baubeginn und im Aktivitätszeitraum des Feldhamsters zu erfolgen. <p>Schutzgebiete/ Schutzobjekte sind vom Plangebiet nicht betroffen.</p>	<p>Festsetzungen zum Artenschutz zu den Punkten 1 und 2 enthält Text Teil B des B-Planes</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>siehe Abwägung vom 09.12.2020</p>	X			X	
	29.12.2020	<p>Die Stellungnahme bestätigt die Ausführungen vom 09.12.2020/ bzw. ist Textgleich bis auf den Abschnitt Streuobstwiese und deren Belegung durch eine Fördermaßnahme des Naturparks.</p>						
	26.06.2020 09.12.2020	<p>Rechts- und Ordnungsamt</p> <p>Erkenntnisse über eine Belastung der in den Planbereich einbezogenen Flächen mit Kampfmitteln konnten nicht gewonnen werden, so dass davon auszugehen ist, dass bei beabsichtigten</p>	Kenntnisnahme				X	

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
		<p>Baumaßnahmen keine Kampfmittel aufgefunden werden.</p> <p>Hinweis Gleichwohl mache ich darauf aufmerksam, dass Kampfmittelfunde jeglicher Art niemals ausgeschlossen werden können. Sollten entgegen der Erwartungen Kampfmittel gefunden werden, so ist entsprechend der Gefahrenabwehrverordnung zur Verhütung von Schäden durch Kampfmittel (KampfM-GAVO) in der derzeit geltenden Fassung zu verfahren.</p>	<p>Wird berücksichtigt Der Hinweis wird unter Punkt 9 in die Begründung aufgenommen.</p>	X				
	26.06.2020/ 09.12.2020	<p>Straßenverkehrsamt Unter Berücksichtigung nachfolgender Hinweise bestehen seitens des Straßenverkehrsamtes keine Einwände oder Bedenken gegen die geplante Maßnahme:</p> <p>Der Burgenlandkreis/Straßenverkehrsamt ist als untere Straßenverkehrsbehörde für den Erlass von verkehrsrechtlichen Anordnungen im Bereich der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen sowie auf außerorts gelegenen Kommunalstraßen zuständig. Bei innerörtlichen Kommunalstraßen liegt die Zuständigkeit bei der Stadt/Gemeinde als örtliche Straßenverkehrsbehörde.</p> <p>Die Zuwegung des Grün- und Astschnittplatzes an die für den überörtlichen Verkehr ausgelegte Bundesstraße B 87 ist über die dort befindliche Kommunalstraße (Verlängerung der Naumburger Straße/ Am Ziegeleiloch) angedacht. Zu</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme – kein Abwägungsbedarf</p> <p>Wird berücksichtigt Die Dimensionierung der Zufahrt und Kurvenradien über die Naumburger Straße sind ausreichend. In der Vergangenheit wurden bereits problemlos Teile des Geländes der</p>	X			X X	

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
		<p>Spitzenzeiten wird mit einem Verkehr von maximal 25 Pkw/h gerechnet. Die Zuwegung sollte insbesondere bezüglich ihrer Breite und den Kurvenradien so ausgestaltet sein, dass die Ver- und Entsorgung sowie die Befahrung durch Einsatzfahrzeuge möglich sind und dass sie den verkehrlichen Anforderungen des Grün- und Astschnittplatzes in angemessener Form gerecht wird.</p> <p>Vorsorglich weise ich darauf hin, dass im Falle des Erfordernisses zur Einschränkung des öffentlichen Verkehrsraums im Rahmen der Maßnahme mindestens 14 Tage vor Baubeginn ein Antrag auf verkehrsrechtliche Anordnung bei der zuständigen Straßenverkehrsbehörde zu stellen ist. Sofern seitens des Vorhabenträgers in Anbetracht sich gegebenenfalls ändernder Verkehrsbeziehungen eine abweichende Markierung und Beschilderung als erforderlich erachtet wird, ist ein entsprechender Markierungs- und Beschilderungsplan zur Prüfung sowie zum Erlass einer verkehrsrechtlichen Anordnung bei der zuständigen Straßenverkehrsbehörde einzureichen. Für den Innerortsbereich der betreffenden Kommunalstraße (Verlängerung Naumburger Straße/ Am Ziegeleiloch) ist entsprechend der obenstehenden Ausführungen die Stadt Naumburg, für den Außerortsbereich hingegen der Burgenlandkreis/ Straßenverkehrsamt zuständig.</p>	<p>Kläranlage als Grün- und Astschnittplatz genutzt. Hinzu kommt, dass auch die Kläranlage von großen Versorgungsfahrzeugen angefahren werden muss.</p> <p>Die neue Zufahrt zum Grün- und Astschnittplatz wird entsprechend der notwendigen Einfahrtsradien bemessen. Im Bereich der Zufahrt (Wirtschaftsweg) befinden sich drei vorhandene geschotterte Ausweichstellen, die den Begegnungsverkehr gewährleisten</p> <p>Kenntnisnahme Der Hinweis betrifft die Bauausführung und ist für das Bebauungsplanverfahren nicht relevant.</p>				X	

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
	26.06.2020	Wirtschaftsamt Keine Bedenken, Anregungen und Hinweise	Kein Abwägungsbedarf					
	26.06.2020 09.12.2020	Amt für Brand- und Katastrophenschutz und Rettungswesen Keine Bedenken, Anregungen und Hinweise Gemäß Begründung Pkt. 6.4.1. "Wasserversorgung/Löschwasser" soll diese über die Entnahme aus der Kleinen Saale gesichert werden. Hierzu soll eine Löschwasserentnahmestelle an der Kleinen Saale errichtet werden. Dies wird seitens des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz und Rettungswesen befürwortet. Die Löschwasserentnahmestelle ist ständig von Bewuchs freizuhalten.	Kein Abwägungsbedarf – Information Gemäß Aussage des Wehrleiters der Stadt Naumburg (Saale) (29.07.2020) ist die Löschwasserversorgung gesichert. Zusätzlich zum Hydranten ist eine Saugstelle unmittelbar vor Ort vorhanden.					
	06.07.2020	Bauamt Keine Bedenken, Anregungen oder Hinweise	Kein Abwägungsbedarf					
3	LAGB 01.07.2020	Bergbau Hinweise Das o.g. Vorhaben befindet sich in der nachfolgend nach §§ 6 Bundesberggesetz, in der jeweils gültigen , aufgeführten Bergbauberechtigung Bewilligung Bad Kösen II-A-d-32/92-4836	Kenntnisnahme				X	

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
		<p>Bodenschatz: Kali- und Steinsalz einschließlich auftretender Sole Inhaber: Kurbetriebsgesellschaft Bad Kösen</p> <p>Die in o.a. Tabelle angegebene Bergbauberechtigung räumt dem Rechtsinhaber bzw. dem Eigentümer in den §§ 6 ff BBergG aufgeführten Rechte ein und stellt eine durch Artikel 14 Grundgesetz für die BRD geschützte Rechtsposition dar.</p> <p>Da die Rechte des Inhabers / Eigentümers der Bergbauberechtigung zu berücksichtigen sind, empfehle ich Ihnen von diesem eine entsprechende Stellungnahme zu dem geplanten Vorhaben einzuholen.</p> <p>Bei o.g. Berechtigung handelt es sich um eine großräumig erteilte Bewilligung. Es bestehen daher aus Sicht des LAGB keine Beeinträchtigungen zum geplanten Vorhaben.</p> <p>Geologie Keine Bedenken, Anregungen oder Hinweis</p>	<p>Wird berücksichtigt Der Inhaber der Bewilligung wurde mit Schreiben vom 02.06.2020 beteiligt. Mit Datum vom 15.12.2020 erfolgte nochmals die Aufforderung zur Stellungnahme. Bis zum heutigen Zeitpunkt liegt keine Stellungnahme vor. Daher wird davon ausgegangen, dass es seitens des Inhabers der Bewilligung keine Hinweise, Bedenken oder Anregungen zu dem Vorhaben gibt.</p> <p>Kein Abwägungsbedarf</p>	X				
	02.12.2020	<p>Bergbau keine weiteren Hinweise</p> <p>Geologie</p>	<p>Kein Abwägungsbedarf</p>		X			

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
		Die bereits gegebenen Hinweise der Stellungnahme vom 01.07.2020 wurden in den Entwurf aufgenommen. Der Vorhabenträger hält (entgegen der zitierten Einschätzung des Gutachters) zunächst an einer modifizierten Versickerung fest. Der Einschätzung des Gutachters (sofern sie zitiert ist) wird gefolgt.	<p>Der B-Plan Stand August 2020 traf folgende Aussage:</p> <p>„Es wird trotz des zur Versickerung schwierigen Baugrundes an der zuvor beschriebenen Lösung festgehalten. Sollte sich die Versickerung und Verdunstung nicht umsetzen lassen, so macht sich eine Einleitung in die Kleine Saale erforderlich. Hierbei kann die geplante Verdunstungs- und Versicherungsmulde zur Regenrückhaltung dienen. Diese ist dann so zu bemessen, dass hier ein kurzzeitiges Niederschlagsereignis aufgenommen werden kann. Im Rahmen der weiteren Entwurfs- und Genehmigungsplanung zum Grün- und Astschnittplatz sind die Möglichkeiten einer oberflächennahen Versickerung/ Verdunstung und ggf. teilweisen Rückhaltung fachlich zu prüfen und auszuschöpfen.“¹</p> <p>Die geplante Lösung ist mit Blick auf die geringen Niederschlagsmengen der letzten Jahre sinnvoll. Über die geplante Mulde kann dann gleichzeitig der anzupflanzenden Hecke Wasser zugeführt werden</p> <p>Die Aussage wird in der Begründung wie folgt aktualisiert:</p>					

¹ Begründung Bebauungsplan Nr. 602 Stand August 2020 Stadt Naumburg (Saale)

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
			<p>Bautechnisch wird eine großflächige und zusammenhängende Versickerungsanlage unterhalb der Mulde und Grünfläche geplant, welche das Wasser zeitweilig speichern kann und über ein großflächiges Areal in geringen Mengen an den anstehenden Untergrund abgeben kann. Im Baugrundgutachten vom 29.06.2020 wird eine Versickerung nicht komplett ausgeschlossen. In größeren Tiefenlängen (ca. ab 1,20 m von GOK), wurde bei den durchgeführten Sondierungen, Terrassenschotter angetroffen. Der Durchlässigkeitsbeiwert (kf-Wert) liegt im Bereich des Terrassenschotter bei $2,577 \times 10^{-6}$ (schwach durchlässig) und somit im geforderten Bereich der DWA- A 138, für eine funktionierende Versickerung. Im Zeitraum der durchgeführten Sondierungen betrug der Grundwasserflurabstand $> 1,00$ m und die Bedingungen nach DWA-A 138 für Versickerungsanlagen sind erfüllt. Die jeweiligen Grundwasserstände und Daten der maßgebenden Hochwasserereignisse sind im Rahmen der Vorhabenplanung bei den jeweiligen Behörden abzufragen. Die Anordnung der Verdunstungs- und Sickermulde bietet sich neben der Heckenpflanzung an. Hier kann eine Versickerung so erfolgen, dass auch die Heckenpflanzung profitiert. Im Rahmen der weiterführenden Planung ist diese hinsichtlich der Dimension und des Aufbaus zu bemessen.</p>					

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
	16.12.2020	<p><u>Stellungnahme zum nachgereichten Baugrundgutachten</u></p> <p>Das Baugrundgutachten bezeugt deutliche Schwächen im Baugrund, aktuelle Grundwasserstände >2 m und rät wegen der Verbreitung bindiger Gesteine (u.a. Lössbildungen) von der Versickerung der Niederschläge ab. Die Begründung des Gutachters ist nachvollziehbar. Varianten zur Verbesserung der Tragfähigkeit des Baugrundes werden im Gutachten aufgezeigt. Die Beachtung des Gutachtens wird dringend empfohlen.</p>	<p>Für den Ausnahmefall, dass die Mulde die Niederschlagsmengen nicht aufnehmen kann, soll ein Notüberlauf die Wassermengen in die kleine Saale ableiten. Hierbei kann die geplante Verdunstungs- und Versicherungsmulde zur Regenrückhaltung dienen. Diese ist dann so zu bemessen, dass hier ein kurzzeitiges Niederschlagsereignis aufgenommen werden kann. Im Rahmen der weiteren Entwurfs- und Genehmigungsplanung zum Grün- und Astschnittplatz sind die Möglichkeiten einer oberflächennahen Versickerung/ Verdunstung und ggf. teilweisen Rückhaltung fachlich zu prüfen und auszuschöpfen</p> <p>Das Baugrundgutachten wurde dem LAGB mit Datum vom 09.12.2020 zugesandt</p> <p>Das Baugrundgutachten wird bei der weiteren Planung beachtet. Es soll in erster Linie versucht werden, das anfallende Oberflächenwasser vor Ort zu belassen. Dies bietet sich insbesondere in der trockenen Jahreszeit an. Gleichzeitig soll aber auch bei bestehender Notwendigkeit (z.B. in der niederschlagsreichen Zeit bzw. bei hohen Grundwasserständen) das Wasser abgeleitet werden. Details dazu werden im Rahmen der Planung des Grünschnittplatzes festgelegt.</p>	X				
				X				

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
			Der Hinweis zur Verbesserung der Tragfähigkeit des Baugrundes betrifft die Umsetzung des konkreten Vorhabens und wird als Hinweis in die Begründung aufgenommen.					
4	LDA Bodendenkmalpflege Archäologie 23.06.2020	<p>Hinweise Nach derzeitiger fachlicher Einschätzung des LDA bestehen gegen das geplante Vorhaben keine Einwände.</p> <p>Bitte weisen Sie die bauausführenden Betriebe grundsätzlich auf die gesetzliche Meldepflicht im Falle unerwartet freigelegter archäologischer Kulturdenkmale hin.</p> <p>Nach § 9(3) des Denkmalschutzgesetzes für Sachsen-Anhalt sind Befunde mit den Merkmalen eines Kulturdenkmals bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige unverändert zu lassen. Eine wissenschaftliche Untersuchung durch das o.g. Landesamt oder von ihm Beauftragte ist zu ermöglichen. Innerhalb dieses Zeitraumes wird über das weitere Vorgehen entschieden.</p> <p>Das Vorhaben ist mit den Zielen der archäologischen Denkmalpflege vereinbar unter Einhaltung von § 14 Denkmalschutzgesetz. Als Bearbeiter steht Ihnen Herr Prof. M. Becker, Tel. 0345-5247419, zur Verfügung.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Wird berücksichtigt Der Hinweis wird in die Begründung des B-Planes unter Punkt 5.4 aufgenommen.</p> <p>Kenntnisnahme</p>	X			X	
5	Amt für Landwirtschaft und	Hinweis						

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
	Flurneuordnung 29.06.2020	<p>Bei der Neuerrichtung einer Annahmestelle für Grün- und Astschnitt kommt es gemäß Vorentwurf zum Bebauungsplan Nr. 602 bei der Durchführung der Bauarbeiten zu Neuversiegelungen von ca. 0,1554 ha und dauerhaften Entzug landwirtschaftlicher Nutzfläche von insgesamt 0,21 ha.</p> <p>Dazu sind folgende Forderungen und Hinweise zum Flächenentzug zu beachten.</p> <p>Nach § 15 LwG LSN i. V. m. §§ 1 (1) und 2 LwG LSA darf landwirtschaftlich genutzter Boden nur in begründeten Ausnahmefällen der Nutzung entzogen oder in der landwirtschaftlichen Nutzung beschränkt werden. Demzufolge besteht für den Vorhabenträger die Pflicht zum schonenden und sparsamen Umgang mit dem Schutzgut Boden sowie der minimalen Inanspruchnahme landwirtschaftlich genutzter Flächen. Auf die Paragraphen 1a BauGB sowie 1 BBodSchG wird verwiesen.</p> <p>Das ist im Plangebiet besonders zu beachten, da es sich hier um Böden mit hoher Ertragsfähigkeit (gute bis sehr gute Ackerzahlen) handelt.</p> <p>Durch den Entzug von ca. 0,2100 ha gemäß zeichnerischer Darstellung des Planungsgebietes (dies entspricht einer Fläche von z.B. ca. 45 x 45 oder 40 x 50 m) sind Nachteile für die Agrarstruktur zu erwarten.</p> <p>Dies ist im Plangebiet besonders zu beachten, da es sich hier um Böden mit hoher Ertragsfähigkeit</p>	<p>Wird zurück gewiesen</p> <p>Die AWSAS AöR und die Stadt Naumburg (Saale) haben im Vorfeld der Planung zahlreiche Standorte geprüft. Ergebnis der Prüfung ist der Standort westlich der Kläranlage in Bad Kösen. Bad Kösen als Kurstadt bietet im Innenstadtbereich keine geeigneten Flächen. Geprüft wurden u.a. Gelände an der Rudelsburgpromenade (Fa. Örtel – ungünstiger Flächenzuschnitt) sowie eine gemeindeeigene Fläche (Standort wird durch eine Gasleitung gequert) in diesen Stadtteil. Weiterhin hat man im Umfeld von Bad Kösen die ehemaligen Futtersiloanlagen in Kukulau und in Hassenhausen (Richtung Himmelreich) in Betracht gezogen. Hier kollidiert eine Nutzung der Silos als Grün- und Astschnittannahmeplatzes mit der aktuellen Nutzung der Standorte. Eine Fläche in Fränkenau (ehem. Standort Fa. Schüler) kam aus eigentumsrechtlichen Gründen nicht in Frage.</p> <p>Bad Kösen ist im Osten und Ortskern durch Tourismus, Kureinrichtungen und Wohnnutzungen geprägt. Mit diesen Nutzungen ist eine Nutzung als Grün- und Astschnittplatz</p>			X		

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
		<p>(gute bis sehr gute Ackerzahlen: - Ackerzahl 96, Bodenzahl 92) handelt.</p> <p>Durch Entstehung neuer Vorgewende-Flächen und weitere Zerklüftung der Ackergrenzen entstehen Bewirtschaftungerschwernisse, wie z.B. häufigere Wendevorgänge, schädliche Bodenverdichtungen durch ERhöhung der Überfahrvorgänge bzw. Entstehung nicht mehr bewirtschaftbarer Splitterflächen.</p> <p>Unter der Annahme, das der vorgesehene Grün- und Astschnittplatz zur Verminderung von unkontrolliertem Abladen nicht mehr verwertbarer Stoffe, z.B. auch Rest- bzw. Sperrmüll u.ä., eingezäunt wird, verliert die verbleibende Ackerfläche die Feldzufahrt am östlichen Ende der bewirtschafteten Fläche. Dies stellt bei einer Gesamtschlaglänge von ca. 380 m in Bewirtschaftungsrichtung eine erhebliche Einschränkung dar, da alle Stoff- und Ernstguttransporte über die eine verbleibende Zufahrt am südwestlichen Rand des Schlages realisiert werden müssten.</p> <p>Diesen vorgenannten Aspekten Rechnung tragend, wird der vorgesehene Standort für die Errichtung eines Grün- und Astschnittannahmeplatzes aus landwirtschaftlicher Sicht abgelehnt.</p> <p>Aus heutiger Sicht ist die Herstellung des geplanten Grün- und Astschnittplatzes auf dem Flurstück 93,</p>	<p>nicht vereinbar. Hinzu kommen die Überschwemmungsflächen der Saale, die von der Bebauung frei zu halten sind.</p> <p>Es gibt lediglich eine gewerbliche Baufläche in der Ortslage, welche nur klein ist und vollständig genutzt wird. Eine zweite Fläche liegt im Süden von Bad Kösen. Hierbei handelt es sich um die Flächen der Mitteldeutschen Hartstein-Industrie GmbH, die ebenfalls nicht zur Verfügung stehen.</p> <p>Im Westen von Bad Kösen verläuft die Saale mit angrenzender Wohnbebauung und den Weinbergen.</p> <p>Hinzu kommt, dass fast alle Flächen, außerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteils, im Landschaftsschutzgebiet „Saale“ liegen, welches einer Bebauung rechtlich ebenfalls entgegensteht.</p> <p>Einzig die Dreieckfläche zwischen der Ortslage Bad Kösen (Gärten), der Strecke der Deutschen Bahn und dem Weg An der Kleinen Saale sowie eine Fläche südlich der B87, vom Ortsteingang Bad Kösen – Tankstelle bis zum Abzweig Hermann-Lielje-Ring, liegen nicht im Landschaftsschutzgebiet.</p> <p>Die landwirtschaftlich genutzte Fläche an der B87, zwischen Tankstelle und Abzweig zum Hermann-Lielje-Ring am Ortseingang von Bad Kösen, wurde, wegen der Wirkung der Nutzung auf das Ortseingangsbild der Kurstadt, abgelehnt.</p>					

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
		<p>Flur 7, Gemarkung Bad Kösen in östlicher Richtung gesehen hinte der Kläranlage Bad Kösen intensiv zu prüfen. Von diesem Flurstück wurde im Wirtschaftsjahr 2018/19 und im Wirtschaftsjahr 2019/20 eine Teilfläche in GRöße von ca. 0,27 ha aus der Produktion genommen, so dass bei einer Inanspruchnahme der für die Herstellung des vorgesehenen Grün- und Astschnittplatzes benötigte Fläche von ca. 0,21 ha keine gravierenden Bewirtschaftungserschwernisse zu erwarten sind. Dazu wären, zecks Positionierung der zu entziehenden und zu befestigenden Fläche, entsprechende Abstimmungen mit dem Beirtschafter notwendig, wobei die vorhandene Zufahrt zu verbleibenden landwirtschaftlich genutzten Fläche des Flurstückes 93, Flur 7, Gemarkung Bad Kösen weiterhin zu sichern ist.</p> <p>Im Hinblick auf den möglichen Erwerb der Fläche sollten keine Probleme entstehen, da die Flurstücke 75 und 93, Flur 7, Gemarkung Bad Kösen den selben Eigentümer haben. Das Flurstück 103, Flur 7, Gemaktung Bad Kösen wäre wegen der notwendigen Zufahrt in beiden Fällen betroffen.</p>	<p>Als geeignete Flächen wurden die Flächen vor und hinter der Kläranlage eingestuft. Beide Flächen sind landwirtschaftliche Nutzflächen mit hohen Ackerwertzahlen (lt. Aussage Frau Veith ALFF von 96). Gemäß Internetauskunft des LVermGEO sind Ackerzahlen von 70 angegeben. Die AWSAS hat aufgrund der Differenz die Zahlen beim Gutachterausschuss abgefragt. Diese liegen im Bereich des Flurstückes 75 im Wesentlichen zwischen 72 und 96.</p> <p>Der Standort vor der Kläranlage gehört zu einem Ackerschlag von 7 ha Fläche und liegt näher an der Ortslage Bad Kösen. Er ist, im Hinblick auf den Zufahrtsweg mit Ausweichstellen, besser zu erreichen. Die Geländetopographie fällt leicht in Richtung Norden. Es kann von gewachsenem Boden/ Baugrund (ohne Auffüllungen) ausgegangen werden. Das inzwischen vorhandene Baugrundgutachten belegt diesen Fakt.</p> <p>Für die geplante Nutzung bedarf es aus sicherheitstechnischen Gründen einer relativ ebenen Fläche (Containerstandplätze und Be- und Entladezone). Hierfür bietet der Standort im Hinblick auf die Geländetopographie gute Voraussetzungen.</p> <p>Der Standort direkt hinter der Kläranlage gehört zu einem Ackerschlag mit einer Fläche von 1,6 ha von dem ca. 0,27 ha aus der Produktion</p>					

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
			<p>genommen sind und aktuell nicht als Acker genutzt werden. Die potentielle Baufläche ist aktuell eine Grünfläche/ Blühfläche. Die Fläche ist hinsichtlich der Topographie stark bewegt, die Höhenunterschiede sind deutlich größer. Die Grünfläche/ Blühfläche fällt stärker nach Westen und Osten ab. Zur benachbarten Kläranlage besteht, im Bereich der Grundstücksgrenze, ein Höhenunterschied von ca. 0,6 m. An den vorhandenen Zufahrtsweg schließt sich, unmittelbar am Grundstücksanfang, eine 1 m hohe Böschung an. Weiter nach Westen kommen geschätzte weitere 1 – 2 m Höhenunterschied dazu.</p> <p>Die Fläche lässt, mit Verweis auf die Luftbilder aus den Jahren 2004, 2009, 2011 und 2013, die Schlussfolgerung zu, dass diese bereits anthropogen durch Auffüllungen (nicht bekannter Qualität) verändert wurde. Hieraus wird geschlussfolgert, dass die Fläche aus diesem Grund nicht als Ackerfläche genutzt wird bzw. genutzt werden kann. Gesicherte Auskünfte zu dem Sachverhalt konnten auch vom Eigentümer nicht gemacht werden. Die artenreiche Blühfläche ist im aktuellen Zustand naturschutzrechtlich als wertvoll einzuschätzen.</p> <p>Aktuell erfolgt die Feldzufahrt für den Teil der landwirtschaftlichen Dreiecksfläche über den potentiellen Standort. Diese müsste weiter gesichert werden, was bedeutet, dass der Landwirt vor dem Grün- und Astschnittplatz vorbei auf den Ackerschlag fahren müsste und</p>					

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
			<p>dabei ca. 2 m Höhenunterschied zu überwinden sind. Alternativ müsste eine neue Zufahrt geschaffen werden, was sich aufgrund der Geländetopographie nicht einfach darstellt. Auch hier verläuft bis zur ehemaligen Brücke über die kleine Saale parallel zum Weg eine Schmutzwasserleitung, deren Höhenlage im Rahmen der Schaffung einer neuen Zufahrt zu berücksichtigen ist und ggf. zu Problemen führt. Eventuell bestände im Bereich der Ausweichstelle des Wirtschaftsweges die Möglichkeit der Schaffung einer neuen Feldzufahrt. Hier ist ein mind. 2 m großer Höhenunterschied zu überwinden, welcher ebenfalls Verlust an landwirtschaftlicher Fläche und eine schwierige Bearbeitungsform zur Folge hätte.</p> <p>Seitens des ALFF wurde im Rahmen des Ortstermins die Aussage getroffen, dass der Grundwasserstand insbesondere im Jahr des letzten Hochwassers 2013 so hoch war, dass Wasser stand. Dies deckt sich mit den Aussagen zum hohen Grundwasserstand von 1 bis 2 m unter Gelände der Stellungnahme des Landesamtes für Geologie und Bergwesen.</p> <p><u>Begründung der Entscheidung zum Standort</u> Eigentumsrechtlich gibt es keine Unterschiede, so dass beide Flächen eigentumsrechtlich zu erwerben sind. Es erfolgt bei beiden Standorten die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher</p>					

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
			<p>Nutzflächen, auch wenn die hintere Fläche (Blühfläche) aktuell nicht bestellt wird. Laut ALFF SA Süd verschlechtern sich die agrarstrukturellen Bedingungen (Bewirtschaftungsverhältnisse) bei der Wahl des vorderen Standortes, u.a. durch die Flächenform und den Wegfall der Zufahrt. Letztere könnte durch eine neue Zufahrt ersetzt werden. Ursprünglich war die vordere Fläche seitens der Stadt Bad Kösen (heute Stadt Naumburg (Saale)), für eine andere Nutzung vorgesehen. Sie war planungsrechtlich mit dem Bebauungsplan Nr. 4 „Sportzentrum an der kleinen Saale“ überplant. Die Stadt Naumburg (Saale) hat mit Beschluss vom 13.05.2020 (Beschluss Nr. 28/20) beschlossen, den Satzungsbeschluss (1996) aufzuheben und das Verfahren nicht weiterzuführen. Der Geltungsbereich erstreckte sich von der Ortslage Bad Kösen bis einschließlich der Flächen der Kläranlage. Somit war diese Fläche baurechtlich bereits überplant. Für den vorderen Standort sprechen weiterhin die kürzere Zufahrt sowie geringere Baukosten. Diese begründen sich in erster Linie durch geringere Geländeregulierungen und Aufschüttungen aufgrund der Geländetopographie. Die Abfallwirtschaft Sachsen-Anhalt-Süd, als Anstalt des öffentlichen Rechtes ist den Bürgern und Beitragszahlern rechenschaftspflichtig. Die Kosten der Baumaßnahmen gehen auch in die Beiträge ein. Somit ist bei der Standortwahl</p>					

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
			<p>auch die Frage der Wirtschaftlichkeit des Vorhabens zu betrachten.</p> <p>Die hintere Fläche wird aufgrund der Größe von 1,6 ha und des Zuschnittes als Splitterfläche eingestuft. Von dieser Fläche wurden 0,27 ha vom Bewirtschafter aus der Produktion genommen, was bedeutet sie gehört zu den 5 %, die jeder Bewirtschafter als sogenannte „Greening-Fläche“ vorhalten muss. Bei Realisierung auf dem Standort würde diese naturschutzfachlich höherwertige Fläche zerstört und müsste hinsichtlich der Eingriffsbewertung anders angesetzt werden. Der erforderliche naturschutzfachliche Ausgleich würde sich damit ca. verdreifachen. Hinzu kommt, dass der Landwirt eine andere, ackerbaulich genutzte Fläche als „Greening Fläche“ aus der Produktion nehmen müsste.</p> <p>Eine intensiv landwirtschaftlich genutzte Fläche ginge also somit an anderer Stelle auch verloren.</p> <p>Die Zufahrt zum Standort ist länger und tangiert die Kläranlage. Hinzu kommt die noch offene Lösung der Frage der Variante der neuen Zufahrt für den Landwirt.</p> <p>Bei der Betrachtung und Abwägung der Standorte stellt sich die Frage, weshalb der Bewirtschafter einer Splitterfläche die halbe Grundstückstiefe an der breiten Seite der Dreiecksfläche aus der Produktion nimmt und nicht die viel unwirtschaftlichere Spitze. Hier</p>					

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
			<p>wird wie bereits zuvor angenommen, dass der Grund in der vermuteten Auffüllung und nicht Bearbeitbarkeit der Fläche liegt.</p> <p>Die Baukosten werden im Hinblick auf die vermutete Bodenauffüllung und die Topographie der Fläche höher sein, als bei dem Standort vor der Kläranlage. Hinzu kommt der Unsicherheitsfaktor der vermuteten Auffüllungen hinsichtlich der Qualität der Auffüllung, des erforderlichen Abtrags und der Entsorgung. Die Fläche liegt in einer Vertiefung. Alle drei Seiten (Kläranlage, Bahn und Wirtschaftsweg) liegen zwischen 1 und geschätzt 3 m höher als die Fläche selbst. Auch wenn die Flächen lt. der aktuellen Karten des LHW nicht im HQ 200 liegen ist aufgrund des hohen normalen Grundwasserstandes bei Hochwasser und nach langanhaltenden Niederschlägen mit Problemen zu rechnen. Die Niederschlagswasser-entsorgung soll in Form einer Kombination aus Verdunstung und Versickerung erfolgen und nur im Notfall in die kleine Saale abgeführt werden. Auch für diese Lösung werden im Bereich der hinteren Fläche größere Schwierigkeiten gesehen.</p> <p>Die Stadt Naumburg (Saale) und die AW SAS-AöR haben es sich bei der Standortsuche nicht leicht gemacht. Aufgrund der zuvor genannten Sachverhalte und im Hinblick auf eine wirtschaftlich, vertretbare Realisierbarkeit des Vorhabens erfolgte die Entscheidung nach</p>					

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
	14.12.2020	<p>Das ALFF Süd hat das Ergebnis der Abwägung der im Rahmen der Beteiligung nach § 4 Abs. 1 Bau GB fristgerecht vorgebrachten Bedenken, Anregungen und Hinweise gemäß Schreiben des Ingenieurbüros für Bauwesen Boy & Partner GmbH, Naumburg vom 10.11.2020 zur Kenntnis genommen.</p> <p>Nicht alle Abwägungsgründe können hier nachvollzogen werden, insbesondere:</p> <p>Wenn für die Herstellung einer Abnahmestelle für Grün- und Astschnitt – Zitat: „...die Flächen vor und hinter der Kläranlage eingestuft“ wurden, weshalb wurden nur für den Standort vor der Kläranlage Baugrunduntersuchungen angestellt?</p> <p>Die Schaffung einer neuen zweiten Zufahrt zur Bewirtschaftung des Flurstückes Gemarkung Bad Kösen, Flur 7, Flurstücke 75 und 103 wurde gemäß Abwägungsergebnis zwar in Erwägung gezogen, jedoch nicht in die Planung aufgenommen bzw. die Realisierung geregelt. Es bleibt zu hoffen, dass der Bewirtschafter des Flurstücks 75 hier nicht sich selbst überlassen wird und die ggf. entstehenden</p>	<p>eingehender Abwägung für den vorderen (westlichen) Standort gegen die Bedenken des Amtes für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Süd.</p> <p>Der Grün –und Astschnittplatz dient auch der Umwelt und der Landwirtschaft, da 95 % des Kompostes an Landwirte abgegeben werden.</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Kenntnisnahme</p> <p>Die AW SAS - AöR hat auf ausdrücklichen Wunsch des Ortschaftsrats Bad Kösen einen Standort nahe der Ortslage Bad Kösen gesucht. Im Vorfeld der aktuellen Bauleitplanungen fanden zahlreiche Termine zur Standortfindung statt. Bereits zum damaligen Zeitpunkt wurde der östliche Standort hinter der Kläranlage aus mehreren Gründen abgelehnt. Wie bereits in vorhergehender Abwägung beschrieben, ist hier die ungünstige Topographie der Fläche mit einer stark geneigten Auffüllung aus unbekanntem Material aufzuführen. Auch der längere Zufahrtsweg sowie insbesondere die Mehrkosten für den östlichen Standort, die sich im 5-stelligen</p>				X	X

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
		<p>Kosten der Herstellung einer Zufahrt selbst tragen muss.</p> <p>Der Entzug einer landwirtschaftlich genutzten Teilfläche in Größe von 0,2100 ha vom Flurstück 93 der Flur 7 von Bad Kösen (aus der Produktion genommen – so genannte „Greening Fläche“) führt nicht zwangsläufig zum Entzug einer anderen ackerbaulich genutzten Fläche zur Erfüllung der Greening-Verpflichtung.</p> <p>Diese kann auch durch Landschaftselemente, den Anbau von Zwischenfrüchten oder Leguminosen ohne weitere „Stilllegung“ erfüllt werden.</p> <p>Das ALFF Süd (hier: Landwirtschaftliche Fachstelle) hält an seiner Stellungnahme vom 29.06.2020 mit Verweis auf § 15 i. V. m. §§ 1 (1) und 2 LwG LSA² vollumfänglich fest.</p> <p>Weitergehende landwirtschaftliche und agrarstrukturelle Bedenken sowie Hinweise bestehen nicht.</p>	<p>Bereich beziffern lassen, führten bereits damals zum Ausschluss der Fläche hinter der Kläranlage. Daher hat die AW SAS-AöR kein Baugrundgutachten für die östliche Fläche durchgeführt.</p> <p>Eine zweite Zufahrt vom vorhandenen Weg aus kann wegen der sehr flach verlaufenden Abwasserleitung nicht erfolgen.</p> <p>Kenntnisnahme. Nichtsdestotrotz wird auch hier eine Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen.</p> <p>Die aktuelle Greening Fläche hat sich durch die Nichtnutzung naturschutzfachlich zu einem höherwertigen Biotop entwickelt. Bei Inanspruchnahme der Fläche bedürfte es eines weiteren Artenschutzgutachtens mit offenem Ergebnis (eventuell zusätzliche Maßnahmen für den Artenschutz). Die Fläche zeigt im Hinblick auf das Bewertungsmodell für Sachsen-Anhalt zur Eingriffsbewertung einen höheren Biotopwert, den es kompensieren gelte.</p> <p>Hier stehen sich Acker mit 5 Biotopwertpunkten und ruderales mesophiles Grünland mit 14 Biotopwertpunkten gegenüber. Konkret bedeutet dies, dass sich die Kompensationsmaßnahmen fast verdreifachen würden.(ca. 20.000 - 25.000 € je nach Maßnahme).</p>					

² Landwirtschaftsgesetz Sachsen-Anhalt (LwG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Oktober 1997 (GVBl. S. 919), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Dezember 2010 (GVBl. S. 567)

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
			<p>Gemäß § 15 Landwirtschaftsgesetz Sachsen-Anhalt darf landwirtschaftlich genutzter Boden nur in begründeten Ausnahmefällen der Nutzung entzogen werden. Solch ein Ausnahmefall liegt mit der Errichtung des geplanten Grün- und Astschnittplatzes westlich der Kläranlage Bad Kösens vor. Die Hauptgründe werden im Folgenden nochmals zusammengefasst:</p> <p>1. Die aktuelle Planfläche war mit einem Bebauungsplan für Sportanlagen und Versorgungsflächen vollständig überplant und somit theoretisch bereits der Landwirtschaft entzogen. Durch die beschlossene Aufhebung und Nichtweiterführung des Bebauungsplanes konnte der Aufstellungsbeschluss für den Grün- und Astschnittplatz gefasst werden.</p> <p>Von der ursprünglichen ca. 10,5 ha großen Fläche werden letztendlich nur noch 0,21 ha beplant, was einen deutlichen Flächengewinn für die Landwirtschaft bedeutet. Der Vorhabenträger wird darüber hinaus entsprechende Ausgleichsmaßnahmen, die über einen städtebaulichen Vertrag geregelt sind, leisten. Außerdem wird nur der tatsächlich für den Betrieb und die Zufahrt notwendige Bereich versiegelt, sodass ein schonender und sparsamer Umgang mit Grund und Boden gewährleistet wird.</p> <p>2. Die ungünstige und bewegte Topographie, die u.a. aus anthropogenen Auffüllungen unbekannten Materials besteht, erschwert die</p>					

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
			<p>Errichtung eines Grün- und Astschnittplatzes östlich der Kläranlage. Dies schlägt sich insbesondere in Mehrkosten für die bauliche Maßnahme in 5-stelligem Bereich (nach erster Grobschätzung 20000 - 25.000 € für Erdarbeiten) nieder.</p> <p>Hinzu kommen erhebliche Mehrkosten für den naturschutzfachlichen Ausgleich (auch hier geschätzt ca. 20.000- 25.000 €)</p> <p>Da die AW SAS-AöR den Beitragszahlern rechenschaftspflichtig ist und sich die Mehrkosten in den Gebühren wiederfinden werden, muss der wirtschaftliche Aspekt für den Vorhabenträger ebenfalls in die Abwägung einbezogen werden.</p> <p>3. In beiden Fällen würden der Landwirtschaft Fläche entzogen und versiegelt werden. Vorteile der westlich der Kläranlage gelegenen Fläche liegen in einem kürzeren Anfahrtsweg, geringen Baukosten und einer wesentlich wirtschaftlicheren Baumaßnahme. Außerdem kann die naturschutzfachlich wertvolle Blühfläche östlich der Kläranlage sowie die für diesen Ackerschlag notwendige Zufahrt erhalten bleiben.</p>					
6	GDMcom 02.06.2020 11.11.2020	Keine Hinweise, Anregungen, Bedenken	Kein Abwägungsbedarf					
7	MITNETZ GAS 06.07.2020	Keine Hinweise, Anregungen, Bedenken	Kein Abwägungsbedarf					

[illegible]

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
	Bundes- wehr 03.06.2020 10.11.2020							
12	Landesamt für Ver- messung und Geoin- formation 23.06.2020	Keine Bedenken, Anregungen oder Hinweise	Kein Abwägungsbedarf					
13	Polizeidirekt ion Sachsen- Anhalt	Keine Stellungnahme						
14	MITNETZ Strom	Keine Stellungnahme						
15	50 Herz 03.06.2020 18.11.2020	Keine Bedenken, Anregungen oder Hinweise	Kein Abwägungsbedarf					
16	Deutsche Telekom 23.11.2020	Hinweise Im Planbereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom Deutschland GmbH. Unmittelbar betroffen sind Telekommunikationslinien mit regionaler Bedeutung. Zurzeit sind keine Baumaßnahmen in diesem Bereich geplant. In der Anlage fügen wir den Bestandsplan der Telekommunikationsanlagen bei, den wir Ihnen aus technischen Gründen nicht in digitaler Form liefern können. Wir weisen darauf hin, dass diese	Nach Prüfung der zugesandten Lagepläne und Rücksprache mit Herrn Düfeld am 10.12.2020 wurde bestätigt, dass die vorhandenen Telekommunikationsleitungen südlich der kleinen Saale verlaufen und das Plangebiet nicht betroffen ist.	X				

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
		Unterlagen nur für die Planung verwendet werden dürfen und eine Weitergabe an Dritte unzulässig ist.						
17	Abfallwirt- schaft SAS	Keine Stellungnahme						
18	Bundesanstalt für Immobilien- aufgaben	Keine Stellungnahme						
19	PVG	Keine Stellungnahme						
20	Kurbetriebs- gesellschaft Bad Kösen	Keine Stellungnahme						
21	Evan- gelische Kirche 11.12.2020	keine Bedenken, Anregungen oder Hinweise	kein Abwägungsbedarf					
22	Katholische Kirche 11.11.2020	keine Bedenken, Anregungen oder Hinweise	kein Abwägungsbedarf					
23	Primacom/ pyur (Tele Columbus) 12.11.2020	keine Leitungen keine Bedenken, Anregungen oder Hinweise	kein Abwägungsbedarf					
24	Wasser- und Abwasserve- rband	Hinweise Der eingetragene Leitungsverlauf ist in unseren Bestandsunterlagen teilweise nicht vermessen, sodass eine Angabe von Maßen nicht möglich ist.	Kenntnisnahme und teilweise Berücksichtigung Die Leitungstrasse wird als solche im B-Plan dargestellt.		X		X	

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
	Saale- Unstrut 21.07.2020	Bei den Baumaßnahmen sind entsprechend Schutzmaßnahmen vorzusehen, die eine Gefährdung der Versorgungsleitungen sowie Armaturen und Straßenkappen ausschließen. Von der Trinkwasserleitung ist ein horizontaler Mindestabstand von 0,5 m einzuhalten. Bei gleicher Trassenführung ist der Abstand durch Suchschachtung nachzuweisen und eine örtliche Abstimmung erforderlich. Hausanschlüsse sind örtlich zu ermitteln. Die entstehenden Kosten für eine punktgenaue Ortung gehen nicht zu Lasten des Wasser- und Abwasserverbandes Saale Unstrut.	Ebenso wird der Hinweis zum Mindestabstand in die Begründung aufgenommen. Die weiteren Hinweise betreffen die konkrete Planung und werden zur Kenntnis genommen.					
N1	Gemeinde Schönburg	Keine Stellungnahme	-----					
N2	Gemeinde Molauer Land	Keine Stellungnahme	-----					
N3	Gemeinde Mertendorf	Keine Stellungnahme	-----					
N4	Gemeinde Wethau	Keine Stellungnahme	-----					
N5	Gemeinde Lanitz- Hasseltal	Keine Stellungnahme	-----					
N6	Stadt Freyburg 04.06.2020	Keine Stellungnahme	-----					

Nr.	TÖB Stell. vom	Hinweise/Anregungen/ Bedenken	Abwägungsvorschlag/ Auswirkungen	berück- sichtigt	teil- weise berück- sichtigt	nicht berück- sichtigt	Kennt- nis- nahme	nicht Bestand- teil der Planung
N7	Gemeinde Balgstädt 04.06.2020							
N8	Gemeinde Goseck 04.06.2020							
N9	Gemeinde Camburg	Keine Stellungnahme	----					
N10	Gemeinde Großhering en 08.06.2020 16.11.2020	Keine Bedenken, Anregungen oder Hinweise	Kein Abwägungsbedarf					